# Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Der Preis für die 34 mm breite Colonel-Anzeigenzeile im Amtsblattbezirk M 30 (Familienanzeigen und Stellengesuche Bedürftiger 15), auswärts 35, für die 90 mm breite Petit-Reklamezeile 50, auswärts 100, für die 90 mm breite amtl. Colonelzeile 65, auswärts 65 Reichspfennig.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12226.
Gemeinde-Giro-Konto: Aue, Erzgeb. Nr. 28.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Löhnitz, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprecher: Aue 51 und 94, Löhnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 551. Drahtanschrift: Volksfreund Auerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in: Aue, Löhnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 291. Dienstag, den 15. Dezember 1925. 78. Jahrg.


## Die Bemühungen des Reichspräsidenten.

**Das Zentrum lehnt die Regierungsbildung ab. Koch von der demokratischen Partei nimmt an. Die Bayern wollen die bürgerliche Einheitsfront. Deutschland und Rußland. Der Ruf nach der Diktatur in — Frankreich.**

Hindenburg nimmt es ernst mit den von ihm übernommenen Pflichten. So ernst, daß es manchen von den in Frage kommenden Fraktionen unangenehm ist. Sie betreiben so etwas wie eine leichte Obstruktion gegen die Bemühungen des Reichspräsidenten. So meint mit schlechtverhaltenem Aerger das „Berliner Tagebl.", man vertrete in demokratischen Kreisen den Standpunkt, „daß, wenn bis zum heutigen Montag keinerlei Lösung in Bezug auf die Betrauung einer Persönlichkeit erfolgt sei, die in Frage kommenden Fraktionen von sich aus entsprechende Schritte unternehmen müßten, um eine möglichst rasche Beendigung der Kabinettskrise herbeizuführen". Nachdem die Fraktionen fortgesetzt auf der ganzen Linie versagt haben, steht ihnen die Drohung mit einer Maßregelung des Reichspräsidenten, denn um eine solche kann es sich nur handeln, schlecht zu Gesicht.

Fehrenbach hat für sich abgelehnt, was nur begrüßt werden kann, denn er ist wohl recht wenig geeignet, das Amt des Kanzlers zu übernehmen. Er saß vom 20. Juni 1920 bis zum 4. Mai 1921 auf dem Stuhle Bismarcks und hat sich keine Lorbeeren errungen. Er hat aber auch für seine Partei, das Zentrum, abgelehnt. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt, vermutlich sind sie in den inneren Verhältnissen dieser Partei zu suchen, in der sich bekanntlich eine ganze Anzahl sehr verschiedener Meinungen über die in der Zukunft einzuschlagende Politik gebildet haben. Die Gegensätze, die sich an die Namen Guerard, Stegerwald, Marx und Wirth knüpfen, sind so groß, daß man lieber von dem heißen Eisen der Regierungsübernahme absieht, um sie nicht noch mehr zu vertiefen. Der Demokrat Koch hat nun den Auftrag, die Regierung zu bilden, angenommen. Bisher hatten die Demokraten es immer für richtiger gefunden, in der Regierung einen maßgebenden Einfluß auszuüben, als das Risiko zu übernehmen, das für jede Partei in der Besetzung des Kanzlerpostens — besonders unter den heutigen Zuständen — liegt. Ob Koch Glück haben wird? Niemand kann es sagen. Vorläufig stehen seine Aussichten nicht sehr gut. Bringt er die Regierung nicht zustande, so wird der Ruf Hindenburgs an die Deutsche Volkspartei ergehen. Auch dann ist ein Erfolg durchaus ungewiß. Schließlich wird doch auf den parteilosen Luther zurückgegriffen werden müssen, wenn der vom Reichspräsidenten verfolgte Weg über die Fraktionen sich nicht als gangbar erweist.

Beachtung verdient die Auslassung des bayrischen Ministerpräsidenten Held, der für eine Regierung eintritt, die alle bürgerlichen Parteien umfaßt. Allerdings haben die Mittelparteien mit ihrem Ruf: Niemals wieder eine Regierung mit den Deutschnationalen! starke Trümpfe etwas voreilig aus der Hand gegeben. Dadurch wurde nicht nur der Mut der Linken, der in ihren Forderungen zum Ausdruck kommt, erhöht, sondern es wurden auch nationale Möglichkeiten vorläufig verschüttet.

•

Sowjetrußland hat eine gute Nummer im Reichstag. Mit einer fast märchenhaft anmutenden Einigkeit hat das Parlament den deutsch-russischen Handelsvertrag angenommen. Eine Art Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten baute sich auf. Der Alpdruck von Locarno lastet auf allen Parteien, sie sehen samt und sonders in dem Vertrag mit Rußland ein willkommenes Ventil gegen die befürchteten, so fatalen Wirkungen des Paktes in östlicher Richtung. Bis auf eine kleine Minderheit lehnt das deutsche Volk den politischen und wirtschaftlichen Bolschewismus ab, und doch muß es im guten Einvernehmen mit Moskau leben. Uns geht es da genau so wie den Siegermächten, die gleichfalls um ihrer Wirtschaft willen gute Miene zum bolschewistischen Spiel machen müssen. Die Komik, die in diesen Zuständen liegt, ist übrigens durchaus gegenseitig. Denn die Sowjets sind auf das antibolschewistische Westeuropa mindestens ebenso angewiesen, wie dieses auf Rußland. Es besteht also auf Seiten unserer Kommunisten keine Veranlassung, die deutsche Regierung der Grundsatzlosigkeit zu zeihen und einen Sieg des Bolschewismus aus der Tatsache des wirtschaftlichen Einvernehmens zwischen Berlin und Moskau zu konstruieren. An der Reichsregierung liegt es, zu verhindern, daß unwillkommene Auswirkungen auf rein politischem Gebiet unterbleiben.

• • •

**Berlin**, 13. Dez. Der Reichspräsident hatte heute vormittag eine längere Unterredung mit Reichskanzler a. D. Fehrenbach über die politische Lage und die Regierungsbildung. Hierbei richtete der Reichspräsident an den Abgeordneten Fehrenbach die Frage, ob er bereit sei, einen Auftrag zur Führung der Verhandlungen über die Regierungsbildung auf der Grundlage der großen Koalition zu übernehmen. Der Abgeordnete Fehrenbach erwiderte, daß er sowohl aus persönlichen Gründen wie auch im Hinblick auf die Auffassung des Zentrums nicht in der Lage sei, einen solchen Auftrag anzunehmen. Das Zentrum beabsichtige nicht, die Führung bei der Regierungsbildung zu übernehmen oder gar auf den Kanzlerposten Ansprüche zu erheben. Seine Ablehnung gelte daher nicht nur für seine Person, sondern auch für das Zentrum überhaupt.

Für Montag vormittag 11 Uhr ist nun der Führer der Demokraten, Reichsminister a. D. Koch, zum Reichspräsidenten gebeten worden, und es ist anzunehmen, daß nun ihm der Versuch der Kabinettsbildung angeboten wird.

•

**Berlin, 14. Dez. Der Hr. Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister a. D. Abg. Dr. Koch (Demokrat) zu einer Besprechung über die zurzeit gegebene politische Lage und die Regierungsbildung. Er richtete hierbei an Dr. Koch das Ersuchen, auf der Grundlage der Großen Koalition die Regierungsbildung zu übernehmen. Dr. Koch erklärte sich zur Annahme dieses Auftrages bereit.**

• • •

**Regensburg**, 13. Dez. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held sprach am Sonntag in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei über die politische und wirtschaftliche Lage. Dr. Held erklärte, die erste und größte Aufgabe der deutschen Politik sei es, die Kriegsschuldfrage zu lösen und Deutschland von dieser Lüge zu befreien. Den Vertrag von Locarno bezeichnete der Redner als einen notwendigen Schritt auf dem Wege der Versöhnung und des wirtschaftlichen Fortschritts. In der inneren Politik sei die Bildung einer Einheitsfront aller bürgerlichen Parteien ohne Rücksicht auf die Sozialdemokratie und auf die sogenannten Flügelparteien notwendig. Die Preissenkungsfrage müsse unter allen Umständen einer Lösung entgegengeführt werden. Wenn die Mitwirkung der Beteiligten für die Herbeiführung erträglicher Zustände in dieser Angelegenheit versagen sollte, so werde er von den allerschärfsten Mitteln Gebrauch machen.

• • •

**Paris**, 13. Dez. In einem Artikel des „Matin" wird erklärt: Der Augenblick zur Herbeiführung des Burgfriedens ist gekommen. Es gilt ein „Komitee des öffentlichen Wohls" zu schaffen, das mit unbeschränkten Machtbefugnissen ausgestattet, die Geschäfte Frankreichs führen muß mit der Aufgabe, entweder zu siegen oder zu sterben.

• • •

### Verzögerte Räumung.

**London**, 13. Dez. Offiziös wird die langsame Uebersiedelung der englischen Truppen aus Köln nach Wiesbaden damit erklärt, daß die Franzosen die Wiesbadener Quartiere nicht räumen.

•

**Eschweiler**, 13. Dez. Die Besatzung hat am Sonnabend bei der Stadtverwaltung bis zum Sonntag die Bereitstellung von 12 Wohnungen verlangt, ferner bis 18. d. M. 10 Offizierswohnungen von 5 bis 7 Zimmern, und 18 Unteroffizierswohnungen von 2 bis 5 Zimmern.

## Amtliche Anzeigen.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Inhabers eines Elektrogeschäfts Hermann Fritz La Bonvois in Aue, des Inhabers der Firma Fritz La Bonvois in Aue, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf **Mittwoch, den 23. Dezember 1925**, vormittags ½11 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgerichte anberaumt worden.

**Amtsgericht Aue**, den 12. Dezember 1925.

Auf Blatt 3 des hiesigen Genossenschaftsregisters betreffend den Allgemeinen Konsumverein Johanngeorgenstadt und Umgebung, e. G. m. b. H. in Johanngeorgenstadt, ist heute eingetragen worden: Max Hermann Schneider in Johanngeorgenstadt ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Werkmeister Ernst Schmidt in Johanngeorgenstadt ist Mitglied des Vorstandes.

**Amtsgericht Johanngeorgenstadt**, den 10. Dezember 1925.

Dienstag, den 15. Dezember, vormittags 8 Uhr, soll in Sachsenfeld eine Stanze öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter Döhlers Restaurant.

**Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schwarzenberg.**

**Schwarzenberg.** **Erinnert**

wird an sofortige Abführung
**der Zugtierstreuer 4. Rate für 1925, und**
**der Getränkesteuer für November 1925,**
da mit der gebühren- und zuschlagspflichtigen Zwangsbeitreibung in den nächsten Tagen begonnen wird.

**Schwarzenberg**, am 11. Dezember 1925.

**Der Rat der Stadt. — Steueramt. —**

## Deutsche Kulturpolitik.

**Berlin**, 13. Dez. Beim Empfang des Vereins Berliner Presse im Reichstagsgebäude erklärte Reichsaußenminister Dr. Stresemann u. a., der Schwebezustand, in dem sich jetzt die geschäftsführende Regierung befinde, entbinde ihn von der Verpflichtung, über Politik zu sprechen, er wolle seine heutigen Ausführungen kulturellen Fragen widmen. Die auswärtige Politik findet ihre höchste Form in der gemeinsamen übernationalen Verwaltung der Kulturgüter. Das setzt Entsagung voraus bei denen, die an der Macht sind und zugleich im Besitz der höchsten Kulturgüter zu sein glauben. Hinsichtlich der alten Kultur erstreben wir nur einen freien Wettbewerb, nicht den Kampf. Das deutsche Kulturgebiet dehnt sich weit aus über die Grenzen des Deutschen Reiches. Dr. Stresemann wies weiter darauf hin, daß 30 Millionen deutschen Blutes heute außerhalb dieser Grenzen leben. 9 Millionen sind vom Kern des deutschen Volkstums abgetrennt und in den Zustand der Minderheit gedrängt. Hier setzt unsere große Aufgabe ein. Die Deutschen im Auslande sind nach der Neuordnung in Europa zum deutschen Gesamtvolkstum in ganz neue wichtige Fragen aufwerfende Verhältnisse getreten. Ueberall in Europa steht das Deutschtum in schwerem Kampf um die Erhaltung seiner Kultur, ein Kampf, der keineswegs aussichtslos ist. Wer die verschiedenen Tagungen des Auslandsdeutschtums mitgemacht hat, der hat erfahren, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl heute weit größer ist, als es jemals in Zeiten des Krieges war. Man kann leicht, so fuhr der Minister in deutlicher Anspielung auf die jüngsten Vorgänge in Posen fort, Denkmäler zerstören oder fortbewegen, die Kunde geben vom Geiste eines Ortes und seiner Bevölkerung. Aber der Geist eines solchen Volkes ist unzerstörbar. Der Minister schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Wunsche, daß die Kulturgemeinschaft der Völker sich bald über alle Hindernisse hinweg durchsetzen werde.

### Niederlegung des Locarno-Dokuments in Genf.

**Genf**, 13. Dez. Im Generalsekretariat des Völkerbundes ist das Original des in London unterzeichneten Vertrages von Locarno durch England zur Registrierung niedergelegt worden.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

**München**, 13. Dez. Das Gesamtstaatsministerium hat mit Verordnung vom gestrigen Tage den Ausnahmezustand aufgehoben. Für Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel gelten nunmehr uneingeschränkt die Vorschriften der Reichsverfassung und des Reichsvereinsgesetzes, welche den Polizeibehörden bei unmittelbarer Gefahr für öffentliche Sicherheit die Möglichkeit zum Einschreiten, zu Verboten und Einschränkungen geben. Zur Verhinderung von Ausschreitungen auf dem Gebiete des Plakatwesens hat der Innenminister gleichzeitig eine Vorschrift erlassen, wonach Plakate, Flugblätter und Flugschriften nur dann angeschlagen oder sonst verbreitet werden dürfen, wenn sie lediglich Ankündigungen über Versammlungen oder in geschäftsähnlicher Form gehaltene Anzeigen enthalten.

**Madrid**, 13. Dez. Der Führer der konservativen Partei, Antonio Maura, ist gestorben.